

Das emanzipatorische Grundeinkommen
bedingungslos
allgemein
persönlich
ausreichend

Die Grundsätze

bedingungslos heißt ohne Pflichten und Erwartungen, ohne Überprüfung und Kontrolle, da Recht nicht von Bedingungen abhängig sein kann. Die gesellschaftlich tradierten Erwartungen wie Erwerbsarbeit, gemeinnützige Tätigkeit oder Geschlechter-Rollen konformes Verhalten und die emotional bedingten Abhängigkeiten werden sich zwar nur langsam ändern aber die Möglichkeit, zu unerwünschten Bedingungen NEIN zu sagen wird deutlich verbessert.

allgemein oder universell muss das Grundeinkommen sein, damit es nicht diskriminierend wirkt. Jedes Kind, jede Frau und jeder Mann, die legal in einem Land leben, ohne Beachtung von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Staatsbürgerschaft, Herkunft oder anderen Merkmalen soll diese Zuwendung bekommen,. Dadurch kann sowohl die unwürdige Bedarfsprüfung der derzeitigen Hilfesysteme, die „Neiddebatte“ sowie auch der Missbrauch verhindert und die Kosten für diesen Verwaltungsaufwand eingespart werden.

persönlich oder individuell heißt jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat individuell ein Recht auf Grundeinkommen. Es darf nicht abhängig gemacht werden von der eigenen Einkommens- und

Diasser Vorschlag von Robert Reischer unterscheidet sich nur in 2 Punkten vom Modell Friedensakademie von Paul Ettl: Arbeitslosenversicherung und Besteuerung des BGE

Vermögenssituation oder der eines Haushalts- oder Familienmitgliedes.

ausreichend heißt existenz- und teilhabesichernd, um die finanzielle Absicherung von menschenwürdiger Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (materiell, sozial, kulturell) zu gewährleisten. Die Höhe des Grundeinkommens kann für Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterschiedlich hoch sein. Die zur Verfügung gestellte Summe soll über der offiziellen Armutsschwelle im jeweiligen Land liegen, die gesellschaftliche Teilhabe sichern ^{a)}und ein, dem sozialen und kulturellen Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben ermöglichen,

emanzipatorisch wirkt das Grundeinkommen, weil diese 4 Kriterien die Ablehnung von unerwünschten Arbeitsbedingungen ermöglichen. Die Versorgungspartnerschaft ist nicht mehr notwendig, die finanzielle Abhängigkeit der Frauen und Kinder wird deutlich reduziert, auch wenn von einem BGE die Änderung der gesellschaftlichen Rollenzuweisungen und die optimale Verteilung der häuslichen und unbezahlten Sorgearbeiten zwischen Männern und Frauen nicht per se erwartet werden kann.

Die Ziele

- Verhinderung von Armut und deren zerstörerischen Folgen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Aufwertung von Randregionen durch Kleingewerbe und Kulturarbeit ohne finanziellen Ertrag
- Befreiung von Abhängigkeiten
- Entkoppelung von Leistung und Existenzsicherung
- Verminderung des automatischen Vermögenszuwachses
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

3 Blickwinkel der unterschiedlich Betroffenen

1a Die Empfänger*innen des BGE

Ein BGE von 1.000 Euro pro Person kann für einen Singlehaushalt an der untersten Grenze liegen. Für eine Familie mit mehreren Erwachsenen und Kindern ist es eine spürbare Verbesserung. Basis der Berechnung ist die nationale Armutsgrenze nach EU-SILC ^{b)} die jährlich erhoben und angepasst wird.

Die monatliche Auszahlung an die Bewohner*innen ist einfach, jede/r Berechtigte erhält eine spezielle Bankomatkarte. Das BGE inkludiert den Anspruch auf kostenlose medizinische Behandlung.

1b Zusätzliche Einkommen

Zusätzliche Einkommen aus Erwerbsarbeit, Pension, Arbeitslosen- und Krankengeld, sowie Gewinne und Erträge aus Kapital, Vermögen und Spekulation werden vom ersten Euro an besteuert, was den Nettoeffekt des Grundeinkommens mit steigendem Einkommen verringert und bei mittlerem Einkommen das BGE neutralisiert und damit die Kosten für den Staat deutlich verringert. Sehr hohe Einkommen sollen progressiv besteuert werden um zur fairen Umverteilung einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Die Bereitschaft zu menschenfreundlichen und sinnvollen Arbeiten und der Anreiz für zusätzliches Erwerbseinkommen soll erhalten bleiben. Durch die progressive Besteuerung der Einkommen wird eine Regelung geschaffen die auch bei geringem Zusatzeinkommen einen finanziellen Vorteil bestehen lässt sodass auch die gering bezahlten Jobs interessant bleiben und nicht verdrängt werden.

Dieses Modell sieht vor, dass zusätzlich zum BGE vom individuellen Erwerbseinkommen bis etwa monatlich 2.500 Euro netto etwas bleibt.

2 Die staatliche Finanzierung

- 1) Abschaffung der Lohnsteuerfreibeträge und die Anhebung des Spitzensteuersatzes
- 2) Einbeziehung ALLER Einkünfte aus Erwerbseinkommen und Erträgen aus Kapital und Vermögen, Anlagen in die progressive Einkommensteuer
- 3) Vermögensteuern auf Erbschaften und Schenkungen.
- 4) Besteuerung von Spekulation, sowie Abgaben auf alle digitalisierten Transaktionen und Geschäfte.
Diese betreffen die Normalbevölkerung kaum, haben daher wenig Auswirkung auf Sozial- und Konsumverhalten und können auf den Finanzbedarf angeglichen werden ohne die analoge Wirtschaft wesentlich zu stören.
- 5) Bestehende Sozialtransfers bis zur Höhe des BGE werden ersetzt ^{c)}, darüber liegende Teile bleiben bestehen, die soziale und medizinische Infrastruktur bleibt erhalten und wird optimiert ^{d)}.
- 6) Höhere Kaufkraft ergibt steigenden Konsum, höhere Gewinne und mehr Steuern, zusätzliche Arbeitsplätze und mehr SV-abgaben.

3 Infrastruktur

Die allgemeine Verfügbarkeit von sozialstaatlichen Einrichtungen und die gesetzliche Garantie für eine dauerhafte Regelung braucht einen politischen Rahmen, in dem Maßnahmen zum Ausgleich der Interessen und zur Verhinderung von Missbrauch getroffen werden.

Das von uns angestrebte „emanzipatorische BGE“ ersetzt nicht den Sozialstaat, es erweitert ihn. Die Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Verkehr, Wasser, Energie, Wohnen etc muss hin eine wichtige Staatsaufgabe sein. Die Finanzierung wird aus den SV-Abgaben gedeckt, die als Wertschöpfungsabgabe ohne Deckelung berechnet werden.

Erwartungen

Kreiste Ende der 80er Jahre die Diskussion über die Einführung eines Grundeinkommens um eine kultivierte Zugehörigkeit zur Wohlstandsgesellschaft, so geht es heute in Zeiten von zunehmender Ausgrenzung, Sozialabbau und düsteren Prognosen für Arbeitsuchende eher um Armuts-Für- und -Vorsorge und um die Veränderung von Arbeitszeiten.

Ein BGE kann beitragen

- zur gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ohne naturschädigendes Wachstum
- zur Verringerung der Einkommensschere und Sicherung des sozialen Friedens
- zur finanziellen Unabhängigkeit von Frauen
- zu Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsmarkt bei Arbeitsbedingungen, Einkommen und Produktionsweise.
- zur Verbesserung der Verhandlungsposition Lohnabhängiger und ihrer Interessenvertretungen gegenüber Arbeitgeber*innen
- zur umweltpolitischen Verantwortung.
- zur sozialen Kompetenz und freien Entscheidung über Betreuungs-, Pflege- oder Hausarbeit, über Single-, Partnerschafts- oder patriarchales Lebensmodell.

a) Für 2019 sind das 1.930 Euro für Paare + 385 pro Kind.

b) EU-Statistics on Income and Living Conditions.

c) zB: BMS, Ausgleichszulagen, laufende Sozialhilfe, Absetzbeträge, Familienbeihilfe, Studienbeihilfe, Pendlerhilfen u.ä.

d) Öffentliche Infrastruktur für Bildung, Krankenhäuser, Alters- und

- zur Sicherung der Menschenrechte auf Leben und soziale Sicherheit
- zur Unterstützung freiwilliger Arbeit im sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen Bereich
- zur Vereinfachung der Verwaltung und zum Abbau unnötiger Sozialbürokratie
- zur Befreiung von Lebensängsten

Offene Fragen

Preistreiberei
Lohndumping
Gesetzliche Garantie
Zuwanderung
Schwarzarbeit
Abgabenhinterziehung

Der Vorschlag von Robert Reischer unterscheidet sich in 2 Punkten vom Modell der Friedensakademie von Paul Ettl: Freiwillige Arbeitslosenversicherung Besteuerung des BGE plus Freibetrag

Pflegeheime, medizinische Versorgung und Rehabilitation, situationsbezogene Leistungen in besonderen Lebenslagen, Pflegegeld, Wohnbeihilfe, sowie Versicherungsleistungen (ALG, Pension, Krankengeld, u.ä.) für die Prämien bezahlt wurden.